

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 05.03.2019
Beginn der Sitzung: 17:14 Uhr
Ende der Sitzung: 18:23 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Telschow, Silke

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Göring, André

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Fritzsche, Karola
Gemblar, Hella
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Beratende Mitglieder

Cuhlmann, Christian
Jansen, Rieke
Jebens, Christoph
Ouedraogo, Abdou
Schäfer, Stephanie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Jaspers, Thomas
Lücht, Richard
Bonn-Sommer, Renate
Szag, Elisabeth
Zorn, Miriam

Protokollführung

Lendzion, Daje

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gast

Peters, Dieter
Gerdes, Ilka

(bis 18:08 Uhr)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Telschow begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.01.2019 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.01.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Anerkennung der Gesellschaft "agilio gGmbH" als Träger der freien Jugendhilfe
Vorlage: 17/0998

Herr Lücht erläutert anhand der Vorlage 17/0998 die Anerkennung der Gesellschaft „agilio gGmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe.

Herr Peters stellt die Arbeitsfelder der agilio gGmbH in der Jugendhilfe für das Jahr 2018 vor.

Frau Telschow bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls für die Darstellung. Es werde eine herausragende Arbeit geleistet. Auch die kleineren Unternehmungen seien in diesem Bereich sehr wichtig, da die Kinder sich daran sehr erfreuen. Die Ferienbetreuung sei ebenso hilfreich. Sie begrüßt, dass die agilio gGmbH als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt werde.

Frau E. Meyer fragt, ob für die Urlaubsreisen genügend Personal zur Verfügung stehe.

Herr Peters schildert, vor fünf bis zehn Jahren habe es keine Personalprobleme gegeben. Es sei mittlerweile eine Herausforderung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Dies sei nur mit Bezahlung möglich. Mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werde keine Urlaubsreise durchgeführt. Die Preise für die Reise steigen dadurch. Bei Kindern mit Handicap könnten die Kosten über die Pflegekasse abgerechnet werden. Im Erwachsenenbereich sei das überregionale Reiseangebot bereits gekürzt worden, da nicht mehr genügend Personal gefunden worden sei.

Herr Busch bedankt sich für die Vorstellung. Die Arbeit sei äußerst wichtig und wertvoll, um die Familien zu entlasten. Es sei eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Diese arbeite somit gewinnorientiert. Er möchte wissen, wie viel Umsatz erzielt werde und ob die Gesellschaft langfristig gesichert sei.

Herr Peters erklärt, es sei eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft arbeite somit nicht gewinnorientiert. Einige Zahlen könnten im Bundesanzeiger nachgelesen werden. Die Einrichtung erwirtschaftete ca. 5 Mio. € Umsatz im Jahr. Die „Auftragslage“ sei gut. Die Gesellschaft gehe sparsam mit den Mitteln um und habe ein ausgeglichenes Ergebnis. Rücklagen seien natürlich immer notwendig.

Beschluss: Die Gesellschaft „agilio gGmbH“ mit Sitz in Emden wird unbefristet als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Gleichzeitig wird die Anerkennung des Vereins „Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland“ als Träger der freien Jugendhilfe aufgehoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einrichtung zusätzlicher Integrationsplätze in Kindertagesstätten nach SGB IX §2 Abs. 1
Vorlage: 17/1021

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage 17/1021 die Einrichtung zusätzlicher Integrationsplätze in Kindertagesstätten.

Frau Telschow bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei für die Eltern äußerst wichtig. Positiv sei bei den Integrationsgruppen der hundertprozentige Zuschuss durch das Land Niedersachsen. Bei den finanziellen Auswirkungen sei eine Stellenausweitung von 39 angegeben. Sie fragt, ob dies 39 Stunden seien.

Herr Christians bejaht dies. Es sei die Stundenanzahl und somit eine volle Stelle.

Herr Ohling stellt fest, dass durch die Umwandlung in eine I-Gruppe eine Platzreduzierung vorzunehmen sei. Es würden somit pro Gruppe vier Kindergartenplätze fehlen. In den letzten

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Jugendhilfeausschusssitzungen sei immer wieder mitgeteilt worden, dass es zu wenig Kindergartenplätze in Emden gebe. Er bittet um Auskunft, ob die Plätze anderweitig ausgeglichen werden.

Frau Bonn-Sommer bestätigt, dass die Platzanzahl natürlich sehr knapp sei. Es gebe jedoch eine 98-prozentige Auslastung. Nichtsdestotrotz sei die Stadt gesetzlich verpflichtet, diesen Kindern eine ortsnahe Betreuung zu gewährleisten. Bei der neu errichteten Kindertagesstätte Wolthusen sei darauf geachtet worden, dass die räumlichen Bedingungen für eine Integrationsgruppe vorhanden seien. Eine Ganztagsgruppe werde von 22 auf 18 Kinder reduziert. Für die Regelkinder gehen tatsächlich vier Plätze verloren. Diese würden jedoch entsprechend für die I-Kinder gewonnen. Der Bedarf steige stetig. Bei einer Gruppe mit einer hohen Anzahl von Kindern mit besonderem Förderbedarf sei es bereits vom Gesetzgeber erlaubt, die Gruppe zu reduzieren. Durch die Schaffung von I-Plätzen gebe es jedoch die Möglichkeit, die vom Land geförderte heilpädagogische Fachkraft kostenfrei einzustellen.

Beschluss: Die in der Anlage der Vorlage 17/1021 aufgeführten Anträge auf Erweiterung der Betreuungskapazitäten in Emden Kindertagesstätten für Kinder, die eine wesentliche Behinderung im Sinne des § 2 Abs.1 SGB IX haben, werden bewilligt.

Die daraus resultierenden, notwendigen und beantragten Ausweitungen der Betreuungszeiten werden gewährt und die Erweiterungen der Betreuungskapazität im Rahmen von Sonderöffnungszeiten werden zeitlich befristet für die Dauer von drei Jahren ab dem 01.08.2019 bewilligt. Da von einigen Trägern die Bedarfe für das Kita-Jahr 2019/2020 noch nachzuweisen sind, erfolgt der Beschluss unter Vorbehalt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Regionales Rahmenkonzept zur alltagsintegrierten Sprachbildung und Sprachförderung in Emden Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 17/1023

Frau Zorn und Frau Gerdes stellen anhand einer Power-Point-Präsentation das regionale Rahmenkonzept zur alltagsintegrierten Sprachbildung und Sprachförderung in Emden Kindertageseinrichtungen vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Telschow bedankt sich für den Vortag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich für die Vorstellung des Konzepts. Ein solches Konzept sei äußerst wichtig. Die ausführenden Kräfte seien die Erzieherinnen und Erzieher. Diese hätten bereits viele verantwortungsvolle Tätigkeiten. Eine Kindertagesstätte mit 30 Kindern und zwei Gruppen erhalte eine Förderung in Höhe von 145 €. Bei der Umsetzung gebe es Probleme. Das Personal führe bereits jeden Tag Sprachförderung durch. Für die Umsetzung würde sie sich wünschen, dass mehr Mittel in den „Brennpunkten“ zur Verfügung stehen, um eine bessere Wirkung zu erzielen und die Erzieherinnen und Erzieher noch mehr zu unterstützen. Sie möchte wissen, wer den Förderbedarf beim Übergang Kita / Schule feststelle.

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Göring bedankt sich für den Vortrag. Das Konzept sei ein wichtiges Instrument, um eine Qualität zu erreichen. Natürlich müssten für die Umsetzung noch mehr Mittel zur Verfügung stehen. Seines Erachtens seien die finanziellen Mittel zunächst zur Schaffung dieser Struktur vorgesehen. Der Prozess habe erst begonnen.

Frau Zorn erläutert, die Thematik sei im Trägertreffen bereits kommuniziert worden. Der derzeitige Verteilerschlüssel führe nicht bei allen Trägern zur Zufriedenheit. Bei einigen Einrichtungen seien die Mittel tatsächlich nicht ausreichend. Gemeinsam sollten Gespräche geführt werden, um einen gemeinsamen Konsens zu finden. Die Förderung müsse direkt am Kind ankommen. Die Beobachtung und Dokumentation sei in jedem Fall äußerst wichtig. Über Fortbildungen sollen alle Fachkräfte befähigt werden.

Frau Bonn-Sommer ergänzt, Sprachförderung werde vom Land seit 2004 gefördert. Seit 2016 sei die Förderung verdoppelt worden. Das Gesetz sei ein Fortschritt. Sie begrüßt, dass die Sprachförderung im vorschulischen Bereich wieder in den Kindertagesstätten stattfinde. Sprachförderung werde dort schon immer geleistet. Der Schlüssel orientiere sich an der Anzahl der Gruppen sowie an der Anzahl der Kinder, die nicht überwiegend deutsch sprechen. Das Land werde im Rahmen seiner Gesetzgebung und Projekte sicherlich nochmal die Verteilung überdenken. Es werde möglicherweise Veränderungen geben.

Herr Cuhlmann möchte wissen, inwieweit die Kommunikation zwischen den Kindergärten und den Grundschulen in Zukunft gewährleistet werde. Bisher hätten die Lehrkräfte die Sprachförderung mit einigen Stunden in den Kindergärten mitgeprägt. Nun gebe es keine Einsicht mehr auf die Kinder. Er fragt, wie regelmäßig ein Austausch stattfinde.

Frau E. Meyer begrüßt das Konzept ebenfalls. Es sei jedoch fraglich, ob die Erzieherinnen und Erzieher dies überhaupt leisten können. Diese seien bereits mit ihrer Arbeit ausgelastet.

Herr Busch äußert, dass das Konzept grundsätzlich positiv gesehen werde. Die Kinder sollten gestärkt in die Grundschulen gehen. Er sei überrascht, dass die Aufgaben von den Erzieherinnen und Erziehern geleistet werden müsse. Seines Wissens sollte es zusätzliche Kräfte geben, die diese Arbeit übernehmen.

Frau Zorn erklärt in Bezug auf den Übergang Kita / Grundschule, dass ein abschließendes „Brückengespräch“ vor der Einschulung stattfinden solle. Diesem Übergabegespräch müssten die Eltern natürlich zustimmen. Dies sei ein spezifisches Thema für den Arbeitskreis. Das Problem werde in jedem Fall bearbeitet. Aufgrund der besonderen Finanzhilfe würden einige Personalressourcen geschaffen. Das Personal werde somit aufgestockt. Die Kollegen seien hoch motiviert und sehr dankbar für die Fortbildungsmodule. Es solle die bestmögliche Hilfestellung gegeben werden.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, nach den Osterferien sollen alle besonders belasteten Schulen aufgesucht werden, um mit diesen das nächste Schuljahr vorzubereiten. Es gehe dabei um den kompletten Bereich der besonderen Förderung und nicht nur um den Sprachbereich.

Herr Jebens fragt, inwieweit die Kinder Unterstützung erhalten, die keine Kindertagesstätte besuchen.

Frau Bonn-Sommer teilt mit, die Kinder würden bei den Schulen verbleiben. Die Schulen führen weiterhin die Sprachstandsfeststellungen und Sprachförderung durch.

Herr Sprengelmeyer fügt hinzu, dass zurzeit die Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt würden. Diese seien noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis werde natürlich dem Ausschuss

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vorgestellt. Die von Herrn Jebens angesprochene Thematik müsse nochmal gesondert thematisiert werden.

Herr Göring meint, die Evaluation sei ebenso wichtig. Der Erfolg der Projektumsetzung sollte gemessen werden. Es sei in einigen Bereichen nicht einfach Zahlen darzustellen. Aus einer Evaluation könnten wiederum Schlüsse gezogen werden.

Herr Sprengelmeyer legt dar, ein Messinstrument seien die Schuleingangsuntersuchungen. Dort werde der Sprachstand festgestellt. Es könne betrachtet werden, in welchen sozialräumlichen Bereichen besondere Bedarfe bestehen und besondere Fördermaßnahmen ergriffen werden müssen.

Frau Bonn-Sommer ergänzt, Fachberatung und Coaching seien ein weiteres Instrument. In regelmäßigem Abstand würden Gespräche mit den Kitas geführt. Zurzeit werde ein Qualitätsstandard festgeschrieben, um einen Leitfaden zu entwickeln, wie diese Fachberatungsgespräche geführt werden können. Dies könne ebenso als Evaluationsinstrument genutzt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Familienbereitschaftsbetreuung / Inobhutnahmestelle

Herr Sprengelmeyer teilt mit, im Bereich des Sozialen Dienstes habe es einige personelle Veränderungen gegeben. Vor diesem Hintergrund werde die Umsetzung des neuen Konzeptes der Familienbereitschaftsbetreuung sowie die Weiterentwicklung des Konzeptes Inobhutnahmestelle verschoben werden müssen. Der Zeitplan könne nicht eingehalten werden.

2. Kinder- und Jugendzentrum Borssum

Herr Jaspers gibt anhand einer Power-Point-Präsentation bekannt, dass das Kinder- und Jugendzentrum Borssum wiedereröffnet habe. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

3. Initiativkreis Stadtjugendring Emden / Juleica-Kurse 2019 / Zuschüsse Jugendarbeit 2018

Herr Reibe gibt ebenfalls anhand der Präsentation an, dass am 07.03.2019 ein Initiativkreis Stadtjugendring Emden stattfindet. Ebenfalls teilt er mit, dass die Juleica-Kurse vom 05. – 13.04.2019 stattfinden. Abschließend geht er kurz auf die Zuschüsse zur Jugendarbeit 2018 ein.

TOP 9 Anfragen

1. Wartelisten Krippen und Kindertagesstätten

Frau Meinen möchten wissen, ob es bereits Zahlen zu den Anmeldungen für die Kindertagesstättenplätze gebe. Sie bittet darum, in Kürze die Wartelisten für Krippen und Kindertagesstätten bekannt zu geben. Dies sei für die weitere Planung wichtig.

Frau Bonn-Sommer teilt mit, die Eltern konnten ihre Kinder bis zum 28.02.2019 anmelden. Die Leitungen sichten die Anmeldungen bis Mitte März. Bis Ende März sollen dann die

Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Betreuungsverträge unterschrieben werden. Anschließend erfolge die Platzvergabe der Krippenkinder. Anfang Mai werde sie die Leitungen um die Listen zur Auswertung bitten. Nach dieser Auswertung können genauere Daten genannt werden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.